

16. Landtag von Baden-Württemberg, 34. Sitzung

Mittwoch, 11. Mai 2017, 09:30 Uhr

Aktuelle Debatte – Wahl in Frankreich – ein Sieg für Europa und ein Gewinn für Baden-Württemberg!

Willi Stächele MdL:

Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach langen Jahren des Schweigens darf ich heute wieder – ich hätte fast gesagt: in die Bütt steigen – das Wort hier im Plenum ergreifen.

Aber klatschen Sie nicht zu früh! Dies ist eine Art Jungferrede; ich werde von der Frau Präsidentin geschützt. Also bitte keine Zwischenrufe, und sollten sie noch so intelligent sein.

Aber ich gebe zu: Es macht natürlich Riesenspaß, jetzt zum heutigen Thema zu sprechen. Was da passiert ist, erfüllt uns mit Freude und Genugtuung. Frankreich, wir danken dir! Du hast dir selbst und uns Le Pen erspart.

Jetzt kann ich mir natürlich vorstellen, dass die Freude nicht überall gleich groß ist.

Die europäischen Rechtspopulisten tragen Trauer; ich habe gehört, auch bei der AfD ist der deutsche Win-zersekt im Schrank geblieben.

Ehrlich gesagt, ich bin an diesem Abend ausgebüxt und habe einen Cremant getrunken. Ja, meine Damen und Herren, auch darüber hinaus ist es interessant, zu sehen, wer mit der Wahl nicht so ganz glücklich war. Der Mann in Moskau hat das Ergebnis auch nicht gerade gern gesehen. – Man muss einfach wissen, wie die Konstellation ist: Er hatte ja lange einen Schlingerkurs gefahren. Zwischendurch hatte er den Fillon einmal bevorzugt, weil dieser gesagt hat, er werde die Sanktionen beenden. Aber dann ging er wieder zurück zu Le Pen – und dann die Enttäuschung!

Ich kann mir vorstellen, dass nun die Rubel-Kredite an die Rechtspopulisten eingestellt werden. Es bringt einfach nichts, in sie zu investieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber etwas sagen, was mir aufgefallen ist: Wir sind ja doch globalisiert, was Medien betrifft,

und müssen aufmerksam registrieren, was alles verbreitet wird. Das Boulevardblatt des Herrn Putin hat einen Satz veröffentlicht, den ich Ihnen gern einmal preisgeben möchte, damit Sie wissen, was uns da alles ins Haus steht.

Sie schreiben wirklich nach dem Wahlsieg: „Jetzt müssen die Franzosen durch die globalistische Hölle“, und jetzt kommt es: „Sie verdienen nicht die Demokratie, die mit dem Leben sowjetischer Soldaten bezahlt worden ist.“ Das müssen Sie sich einmal anhören, was dort publiziert wird, und Publikation in Moskau ist schnell Publikation in der ganzen Welt. Solch eine Stimmung wird geschaffen, das muss man wissen, insbesondere dann, wenn man sich sonst als Putin-Versteher gerieren möchte.

Ich denke, man sollte sich mit Ratschlägen an die neugewählte Regierung zurückhalten. Wie heißt der Spruch: „Jetzt sitzt er im Sattel, jetzt muss er halt reiten.“ Aber ich habe den Eindruck, er weiß um den schweren Weg, und wenn Sie sich erinnern, was er am Sonntagabend den Franzosen zugerufen hat: Es ist ein gewaltiger, ein harter Weg, der vor uns steht.

Er weiß, dass im Moment die Schlüsselindikatoren der französischen Wirtschaft fast in die komplette Richtung weisen: ob Staatsausgaben, Staatsverschuldung, Regulierung, Steuerquote, Industrieabbau – alles geht nach oben. Das weiß Macron, und ich denke, wir brauchen ihm im Moment wirklich keine Ratschläge zu erteilen; denn er spürt, dass die Hauptherausforderung darin besteht, die Arbeitslosigkeit, die sich wie ein böser Bazillus in die Gesellschaft eingeschlichen hat, zu bekämpfen.

Wir brauchen Frankreich als starken Partner im Westen, in Europa – dazu komme ich später noch –, aber auch als wirtschaftsstarken Partner. Es muss uns klar sein, dass man Außenhandel am besten mit jenen betreiben kann, die selbst stark sind. Wir haben gestern erfahren, dass unser Warenaustausch respektive -verkauf mit England 12 Milliarden €

beträgt. Ich habe mir die Zahlen noch einmal geben lassen. Im Waren-austausch Baden-Württembergs mit Frankreich sind es 14 Milliarden €.

Sie können sich vorstellen, hauptsächlich im Maschinenbau, in der Anlageninvestition und der Chemieindustrie – aber alles Dinge, die im Grunde geradezu herausfordern, dass es ihm gelingt, wieder Wachstum zu generieren und dann auch allmählich die Arbeitslosigkeit abzubauen.

In der „Zürcher Zeitung“ steht: „zaghafte Pläne für die Wirtschaft“, „schwammig“, „reichlich zögerlich“. Natürlich, wenn man sich anschaut, wie viel er dann im Wahlkampf von sich gegeben hat: einerseits interventionistisch und andererseits wiederum ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft, und wie immer hat Frau Merkel einfach recht, wenn sie sagt, jetzt müssen wir einfach abwarten, was kommt. Es muss noch konkreter werden.

Ich will ganz klar sagen, dass ihm zugestanden werden muss, dass er vor einer Parlamentswahl steht. Diese ist für den weiteren Kurs entscheidend, denn – das übersehen wir oft, weil wir die Macht des französischen Präsidenten vielleicht zu hoch einstufen – wenn der Premierminister keine Mehrheit bekommt, liegt er flach. Es muss also jetzt ein Ergebnis bei der Parlamentswahl herauskommen. Dann wird es um eine Mehrheit gehen.

Ich habe gestern mit unserem Freund Philip Richard telefoniert. Er sagte: Wir werden das üben müssen, was ihr schon kennt, nämlich Koalitionsabsprachen, eine Koalition schmieden. Ich meine, klar ist, was er sich vorstellen könnte; aber, wie gesagt, auch wenn am Sonntag ein Premierminister eingesetzt wird, ist es möglich, am 18. Juni nach langen Verhandlungen zu einem Premier zu kommen.

Einige klare Aussagen hat er getroffen: 120 000 Beamtenstellen abbauen. Haben Sie das einmal hochgerechnet? Ich glaube, 60 Millionen Einwohner hat Frankreich, Baden-Württemberg hat 10 Millionen, also ein Sechstel davon. Stellen Sie sich vor, wir würden sagen, wir bauen 20 000 Beamtenstellen ab. Dann könnten wir das Sommerfest sofort streichen. Also, man muss schon sehen, um dies einschätzen zu können: 120 000 Beamtenstellen streichen, das ist schon einmal ein Wort.

Das Nächste ist: Er will die Unternehmensteuer von 33 % auf 25 % herunterfahren. Die Kollegen von der Sozialdemokratie waren heute überrascht: „Schulz stützt Macrons Kurs“, ob er die beiden Punkte auch mittragen würde, die eben benannt wurden.

Es ist fraglich, ob er die zwei Punkte auch unterstützen würde, die ich gerade genannt habe. – Bitte?

– Schröder pur, ja, gut. Wenn Schulz allmählich begreift, dass Schröder gar nicht danebengelegt hat, dann wäre dies auch ein Weg.

Übrigens haben sich bereits zwei – damals beide Wirtschaftsminister – Gedanken darüber gemacht, wie man es angehen könnte. Es waren Gabriel und Macron zusammen. Damals sind die Gedanken entstanden, die jetzt ein wenig Furore machen, nämlich einen Haushalt für den Bereich der Währungsunion zu schaffen.

Einen Haushalt, der Aufschrei ist heute überall lesbar. Ich würde einfach einmal sagen: Gemach, gemach! Er würde gern einen Haushalt und, wenn ich es richtig verstehe, vor allem ein Visionsinvestitionsbudget für Deutschland und Frankreich einführen.

Aber dies ist noch lange nicht der Schnellzug in Richtung einer Schuldenunion, die heute im Grunde genommen an die Wand gemalt wird. Da gibt es eine Vollbremse und die heißt Wolfgang Schäuble; das garantiere ich Ihnen.

Im Übrigen habe ich bewundert, wie er sich im Wahlkampf engagiert und sich ohne Rücksicht für Europa stark gemacht hat. – Ohne Rücksicht. Warten Sie bis es fertig ist.

Er hat sich ohne Rücksicht für Europa stark gemacht. Glauben Sie, wie dieser Mann im Grunde auch die ungerechte Kritik gegenüber Europa und gegen Brüssel angeprangert hat. Das ist bei uns nicht immer so zu hören, weil es hier eine gegenläufige Entwicklung gibt. Klar hat er gesagt, er will die Fortentwicklung, er will die Vertiefung und somit die Integration weiterführen.

Man muss wissen, was er damals bei seiner Rede in Berlin in der Humboldt-Universität gesagt hat. Er hat gesagt: „Im Grunde ist mein Bekenntnis klar, es muss – wenn der Euro in zehn Jahren noch vorhanden sein soll – zu einer politischen Union, einer Wirtschafts- und Währungsunion kommen.“ Er hat sogar hinzugefügt, wenn dies nicht kommt, dann stirbt

der Euro. Der Euro ist das politische Mittel, mit dem auch die Schicksale der Länder zusammengekoppelt sind, um Europa wirklich entstehen und Wirklichkeit werden zu lassen.

Es handelt sich um eine spannende Geschichte, vor allem für die, die Kritik üben. Ich sage: Die Aufbruchstimmung, die der Mann mitbringt, ist wichtig. Wenn Sie das Weißbuch von Juncker anschauen, die fünf Szenarien, dann kann man sagen: Ohne Schwung wird davon gar nichts verwirklicht. Die Chance, die jetzt dadurch entsteht, müssen wir greifbar machen. Es kommt einer, der Aufbruchstimmung entfaltet und jetzt kann der Motor wieder in Gang gesetzt werden, der so unglaublich wichtig ist, nämlich Berlin und Paris. Dieser Motor ist wichtig, da Deutschland, so häufig auch danach gefragt wird, allein keine europäische Führungsverantwortung übernehmen kann. Es braucht das Pärchen Paris und Berlin. Auch wegen der geschichtlichen Hintergründe.

Lassen Sie uns jetzt einfach einmal die Parlamentswahlen gelassen abwarten. Bei allem was Europa angeht bedarf es meist einer vollständigen Zustimmung der anderen Länder. Hier würde ich jetzt nicht in Angst und Hölle blicken, sondern sagen, es handele sich zunächst um eine überschießende Programmatik, aber wir haben gemeinsam mit Berlin, in Europa und im Weißbuch eine Grundlage, die eine gute Zukunft bringen kann.

Meine Damen und Herren, für uns ist immer wichtig, dass wir wissen, was wir europapolitisch bewirken können. Wir sind nicht der Europäische Rat, wir sind nicht das Europäische Parlament. Es war schon immer mein Reden, auch früher als Europaminister: Konzentrieren wir uns zuerst auf unsere eigentliche europäische Außenpolitik.

Die ist oben am Bodensee, die ist am Hochrhein und die ist am Oberrhein. Da tut sich einiges. Auch aus dem Gespräch mit Philipp Richter darf ich sagen – – Ich darf Sie grüßen, darf man so etwas? – Ich weiß es nicht.

Ich darf Sie von ihm grüßen. Er sagt, er gehe davon aus, dass Macron für die Regionen steht. Die Dezentralisierung ist ausdrücklich in seinem Programm enthalten. Was auch enthalten ist, das ist interessant, ist, dass Departements in die Metropolen eingehen müssen. Das heißt, rings um Straßburg z. B. wird ein Departement eingenommen. Ansonsten haben wir in dieser Außenpolitik einiges zu tun. Ich will nicht mehr viel sagen.

Eines: Die gegenseitige Verantwortung liegt doch auf der Hand. Uns kann nicht egal sein, wenn im Elsass junge Leute keinen Ausbildungsvertrag bekommen. Umgekehrt bitte ich in dieser Gegenseitigkeit, dass man auch unsere Sorgen in Sachen Fessenheim ernst nimmt.

Danke schön.